

Analyse

Russland und die Muslime des GUS-Raums im Karikaturenstreit

Uwe Halbach

Zusammenfassung

Der Karikaturenkonflikt hat im GUS-Raum mit seinen mehr als 70 Mio. Muslimen nicht zu radikalen Reaktionen geführt. Es kam zu Demonstrationen, örtlich auch zu Boykotten westlicher Waren, doch diese Proteste schlugen nie in Ausschreitungen um. Politische Führer verurteilten durchweg die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen in Dänemark und anderen westlichen Ländern. Bei der Abwägung zwischen den Rechtsgütern Meinungs- und Religionsfreiheit war die Stellungnahme im GUS-Raum klar: Die Pressefreiheit, die in kaum einem Land der GUS zur vollen Entfaltung gelangt, hatte hier zurück zu stehen. Auf den globalisierten Karikaturenkonflikt reagierten die obersten Repräsentanten der Muslime Russlands gelassen. Putin bezeichnete seinerseits Russland als einen Freund und Verteidiger der Muslime. Die schärfste Reaktion kam von der russlandtreuen tschetschenischen Führung: Ramsan Kadyrow drohte die Schließung dänischer Hilfsorganisationen in Tschetschenien an.

Einleitung

Der „Karikaturenkonflikt“ umspannt die islamische Welt von Nigeria bis Indonesien und die muslimische Diaspora von Dänemark bis Neuseeland. Der GUS-Raum mit mehr als 70 Millionen Muslimen Zentralasiens, Kaukasiens und Russlands blieb aus der Berichterstattung über dieses Thema weitgehend ausgeblendet. Wie verhalten sich die „vergessenen Muslime“, wie Alexandre Bennigsen Sowjetbürger islamischer Konfession einst nannte, in dieser Auseinandersetzung? Wie reagieren postsowjetische Regierungen, die den Religionsfrieden in ihren zumeist multikonfessionellen Gesellschaften wahren müssen? Wie reagiert Russland, das sich mit seiner Iran- und Nahostpolitik als Vermittler zwischen dem Westen und der islamischen Welt betätigt?

Reaktionen in Zentralasien

Aus der größten vom Islam geprägten GUS-Region, Mittelasien, wurden im Gegensatz zum Nachbarland Afghanistan keine massiven Protestkundgebungen berichtet. Im Süden Kasachstans riefen lokale Imame zum Protest auf und wurden westliche Waren boykottiert. Tadschikistan, das am frühesten Aufmerksamkeit auf das Verhältnis von Staat und Religion und die Politisierung „islamischer Wiedergeburt“ in der nachsowjetischen Periode auf sich gelenkt hatte, verurteilte offiziell die Verbreitung der Mohammed-Karikaturen in der europäischen Presse. Sein Außenministerium betonte, „dass kein Zweck – sei es ein politischer oder ideologischer – jemandem das Recht gibt, die höchsten humanitären Werte und heiligsten Gefühle seiner Mitmenschen zu verletzen“. Den Frieden zwischen den Glaubengemeinschaften

zu wahren, ist ein sicherheitspolitischer Auftrag für sowjetische Nachfolgestaaten dieser Region. Diese Staaten sind multikonfessionelle Gemeinwesen, wenn auch das Gewicht der muslimischen namengebenden Nationalitäten in der Bevölkerungszusammensetzung in den fünf -Stans seit der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989 erheblich gewachsen ist und die Rückbesinnung auf den Islam sowohl in der staatlichen Kulturpolitik als auch in der Bevölkerung an Bedeutung gewonnen hat. Ihre Regierungen betonen die säkularen Grundlagen von Staatlichkeit und nehmen Reibungen zwischen den Religionsgemeinschaften als Alarmzeichen wahr. Gleichzeitig sehen sie sich in einer mehr oder weniger starken Konfrontation mit islamistischer Oppositionsbildung, die besonders von der vor zehn Jahren hier aktiv gewordenen „Hizb ut Tahrir“ verkörpert wird.

Demonstrationen in Aserbaidschan

In Aserbaidschan, wo (als Ausnahme im postsowjetischen Raum) Schiiten die Bevölkerungsmehrheit bilden, kam es beim Ashura-Fest, dem höchsten schiitischen Feiertag, am 9. Februar zu einer Demonstration im Zentrum Bakus. Etwa 1000 junge Leute marschierten zur französischen Botschaft und übergaben dort eine Protestnote. Zuvor hatte die Wochenzeitschrift „Yeni Habar“ mit der Publikation von Karikaturen christlicher Glaubenssymbole eine prompte politische Reaktion provoziert. Der Autor begründete die Karikaturen als seine Antwort auf die Beleidigung des Propheten und mit seinem Recht auf Meinungsfreiheit. Die Behörden und die Führer der Glaubengemeinschaften, die besonders in Aserbaidschan auf eine lange Tradition friedlichen Zusammenlebens zu-

rückblicken können, verurteilten gemeinsam mit dem obersten Geistlichen der Muslime Russlands und der iranischen Botschaft diese „Konter-Karikatur“. Alle Kommentatoren, einschließlich des Vertreters des Presserates, gingen darin konform, dass der Hinweis auf Pressefreiheit sie nicht legitimiert.

Religionsfreiheit versus Pressefreiheit?

Bei der Abwägung zwischen den Rechtsgütern Meinungs- und Religionsfreiheit war die Stellungnahme im GUS-Raum klar: Die Pressefreiheit, die in kaum einem Land der GUS zur vollen Entfaltung gelangt, hatte hier zurück zu stehen. In Russland spiegelte eine Umfrage des Fonds „Gesellschaftliche Meinung“ die Haltung der Bevölkerung in dieser Frage wider: 85% der Respondenten aus 44 Regionen halten die Karikatur religiöser Symbole für unstatthaft, nur 6% vertreten die gegenteilige Meinung.

Die Verteidigung der Religion vor der Pressefreiheit nahm in einem Fall skurrile Ausmaße an. In Wolgograd veröffentlichte die Zeitung „Gorodskie Westi“ eine Karikatur, auf der die Religionsstifter der vier traditionellen Konfessionen Russlands – Christus, Mohammed, Moses und Buddha – vereint vorm Fernseher sitzen und „Kampf der Kulturen“ gucken (mit dem unterlegten Kommentar: „Von uns haben die das nicht gelernt“). Während die Religionsgemeinschaften und ihre Führer auf diese Karikatur mit Gelassenheit reagierten, startete die lokale Filiale der Regierungspartei „Einiges Russland“ einen Kreuzzug zur Verteidigung religiöser und nationaler Werte gegen die Pressefreiheit.

In Russland kein „Kampf der Kulturen“?

In russischen Kommentaren wurde der Karikaturenstreit überwiegend als „Kampf der Kulturen“ gewertet, während man in Westeuropa sichtbar bemüht war, diesen Begriff in Frage zu stellen. Dieser „Kampf der Kulturen“ sei aber ein Problem, das Europa mit den Muslimen in seinen eigenen Staatsgrenzen und mit der islamischen Welt habe. Für Russland stelle es sich so nicht, weil sich hier vier traditionelle Glaubensgemeinschaften seit Jahrhunderten in einer vom „russändischen Staat“ umrahmten Lebensgemeinschaft befinden und gelernt hätten, miteinander zu kommunizieren. Im russändischen Rahmen halte sich die Differenz von Wertesystemen in Grenzen – anders als in Europa, das sich mit seinem (aus russischer Sicht hypertrophen) Individualitätsprinzip an kollektiv ausgerichteten Einwandererkulturen reibe.

Aber hat Russland wirklich keine Probleme mit seinen schätzungsweise 12–15 Millionen Muslimen? Haben die Muslime Russlands keine Probleme mit

ihrem Staat, der sich zunehmend an die Russisch Orthodoxe Kirche (ROK) anlehnt, auch wenn diese offiziell nicht als Staatskirche fungiert? Haben sie keine Probleme mit der Politik des Kreml im Nordkaukasus und mit einem durch die Tschetschenienkriege verstärkten Zusammenfluss antikaukasischer und islamophober Ressentiments in der russischen Öffentlichkeit? Funktioniert das Zusammenleben der traditionellen Glaubensgemeinschaften reibungslos? Zuletzt hat ein Konflikt in Nischni Nowgorod zwischen der ROK und der lokalen Geistlichen Verwaltung der Muslime im Dezember 2005 von sich reden gemacht. Der Hintergrund: Ein Leiter der muslimischen Gemeinde hatte auf den Kontrast zwischen fast leeren Kirchen an Sonntagen und der vollen Hauptmoschee Nischni Nowgorods an Freitagen hingewiesen und daran die Feststellung geknüpft: „Der Islam ist die dynamischere, aktiver Religion – die Zukunft Russlands“. Solche Äußerungen tangieren neuralgische Punkte in der russischen Wahrnehmung des inländischen Islam, z.B. die demographische Differenz zwischen dem Wachstum muslimischer und der Schrumpfung slawischer Bevölkerungsteile des Landes.

Auf den globalisierten Karikaturenstreit reagierten die obersten Repräsentanten der Muslime Russlands gelassen. Der Rat der Muftis dazu: „Die Muslime Russlands respektieren das Recht der Medien auf Meinungsfreiheit, halten es aber für unumgänglich, dass moralisch-ethische Prinzipien und die Werte aller Vertreter der Gesellschaft bei der Wahrnehmung dieses Rechts beachtet werden“. Die Stellungnahme des russischen Präsidenten fiel strenger aus. Putin hatte zuvor auf internationaler Bühne (z.B. vor einem APEC-Gipfel in Pusan) Russland als einen Freund und Verteidiger der Muslime bezeichnet.

Wie reagierten muslimische Bevölkerungsgruppen in Russland? In der Teilrepublik Tatarstan wurden einige Tage lang dänische Waren boykottiert. Die Behörden waren bemüht, den Boykott rasch zu beenden.

Reaktionen im Nordkaukasus

Heftiger waren die Reaktionen in jener Region, die am meisten in Betracht kommt, wenn es um die Politisierung von Islam und Konflikte zwischen bodenständigen und importierten Varianten dieser Religion im nachsowjetischen Russland geht. In Dagestan, der größten und am stärksten vom Islam geprägten Teilrepublik im Nordkaukasus, rief der Imam der Hauptmoschee in der Hauptstadt Machatschkala zu Demonstrationen auf. „Ihr alle wisst, was in der Welt wegen der Karikaturen unseres Propheten vor sich geht. Auch wir müssen dazu Stellung nehmen“.

Sein Stellvertreter fügte hinzu: „Unsere Feinde wollen uns provozieren. Sie wollen unsere Reaktion sehen. Sie glauben, sich über unseren Propheten lustig machen zu können. Es ist schade, dass wir keine Möglichkeit haben, diese Leute mit unseren eigenen Händen zu züchtigen“. Auch die islamische Geistlichkeit in Inguschetien verurteilte die Karikaturen als eine „Saat der Feindschaft zwischen den Religionen“ und brachte in einem Appell an die Regierung in Moskau die Hoffnung zum Ausdruck, „dass solche Beleidigungen religiöser Gefühle in Russland niemals geduldet werden“. Die zitierten Reaktionen kamen aus den offiziellen geistlichen Führungen, die sich besonders im Nordkaukasus im Konflikt mit islamistischen Herausforderern, so genannten „Wahhabiten“ oder „Salafiten“, befinden. Radikal-islamistische Netzwerke (jamaat), die sich in letzter Zeit deutlich über Tschetschenien hinaus in der Region ausbreiten, meldeten sich im Karikaturenstreit weniger zu Wort. Es waren eher die amtierenden Machthaber, die sich hier profilierten – am lautesten der „starke Mann“ in Tschetschenien.

Ramsan Kadyrow und der „Danish Refugee Council“

Der interimistisch als Ministerpräsident Tschetscheniens fungierende Ramsan Kadyrow sagte allem Dänischen in seiner Reichweite den Kampf an. Diese Drohung bezog sich vor allem auf die bekannteste dänische Nichtregierungsorganisation in der Region, das „Danish Refugee Council“, einen Hauptpartner der Abteilung der EU-Kommission für humanitäre Hilfe ECHO bei der internationalen Flüchtlingshilfe in Tschetschenien und den Nachbarrepubliken. Die Organisation war maßgeblich an der Versorgung von 200.000 Flüchtlingen des zweiten Tschetschenienkriegs in Dagestan, Inguschetien und Tschetschenien beteiligt. Ihre Schließung würde derzeit etwa 40.000 Vertriebene in Tschetschenien treffen. Den vom Kreml protegierten lokalen Machthabern war sie schon deshalb ein Dorn im Auge, weil Kopenhagen im Herbst 2002 – nach dem Terroranschlag auf ein Musicaltheater in Moskau – einen „tschetschenischen Weltkongress“ beherbergte, bei dem auch Exilpolitiker der Maschadow-Regierung auftraten.

Über den Autor

Dr. Uwe Halbach ist bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig.

Lesetipp

Uwe Halbach, Russlands Welten des Islam, SWP-Studie 2003/S 15, Berlin, 15. April 2003
http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=189

Die Kampfansage Kadyrows wurde zwar von russischen Politikern als eine Anmaßung kritisiert. Duma-Sprecher Grysow bezeichnete sie als „rein persönliche Meinung“. Aber da stellt sich die Frage, wer die Macht in Tschetschenien hat. Der Kreml hat im Zuge seiner Politik der „Tschetschenisierung“ seit 2003 dem Kadyrow-Klan Freiraum für die Entfaltung persönlicher Macht gewährt. Russische Medien berichten von einer „Ramsanisierung“ der Republik, von der Entfaltung eines politischen Personenkults um den 29jährigen Kadyrow. Der zum „Helden Russlands“ geadelte, von Kritikern der Tschetschenienpolitik Putins indes als ordinärer Warlord und Bandenführer angesehene Sohn des 2004 ermordeten Präsidenten Ahmad Kadyrow ist bei dieser Machtentfaltung deutlich bemüht, sich auch als „Hüter des Islam“ zu präsentieren. Zu diesem Zweck forderte er die Einführung der Scharia in das Rechtssystem der Republik, verhängte einen Bann über Glücksspiele, rief zum „Jihad“ gegen die „Wahhabiten“ auf, plädierte für eine Modifizierung des Polygamie-Verbots und bezog Position im Karikaturenstreit. Er setzt ein Beispiel dafür, wie ein von religiöser Autorität weit entferntes Regime Islam instrumentalisiert. Seine Gegner im bewaffneten Untergrund haben die Islamisierung ihrer Kampfideologie schon längst betrieben. Seit 1996 haben sich die ideologischen Akzente von der nationalen Unabhängigkeit zunehmend zum „Jihad“ verlagert. Insgesamt haben in den kaukasischen Teilrepubliken seit Mitte der 1990er Jahre islamistische Kräfte die nationalistischen Bewegungen, die beim Zerfall der Sowjetunion die politische Szene bestimmt hatten, in den Hintergrund gedrängt. Die „Regionalisierung von Jihad“ im Nordkaukasus ruft Erinnerungen an den Kaukasuskrieg im 19.Jahrhundert hervor und zeigt, dass der „Kampf der Kulturen“ an Russland eben nicht vorbeigeht, zumal sich auch das christlich-orthodoxe Patriarchat in die Konflikte in dieser Region einmischt, die Maßnahmen der russischen Regierung in Tschetschenien als „Krieg gegen internationalen Terrorismus“ mit Nachdruck unterstützt und gefallene russische Soldaten in diesem Krieg heilig spricht.

Redaktion: Hans-Henning Schröder